

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 70
Telefax 032 627 21 26
kanzlei@sk.so.ch
www.so.ch

Medienmitteilung

Regierungsrat unterstützt die verstärkte Bekämpfung des Terrorismus

Solothurn, 26. September 2017 – Mit zwei internationalen Abkommen und der Anpassung verschiedener Gesetze will der Bund den Terrorismus besser bekämpfen können. Der Regierungsrat begrüsst die vorgeschlagenen Massnahmen.

Das ist zentral: Im Hinblick auf die veränderte Bedrohungslage in den letzten Jahren soll die Schweiz ihre Gesetzgebung im Bereich der strafrechtlichen Terrorismusbekämpfung anpassen. Dazu gehört auch die Möglichkeit, die internationale Zusammenarbeit weiter auszubauen. Das Übereinkommen zur Verhütung des Terrorismus, welchem die Schweiz beitreten soll, verpflichtet die Schweiz zur Umsetzung bestimmter Massnahmen. Diese betreffen die Strafbarkeit, die Prävention und die internationale Kooperation. Mit der Einführung einer neuen Strafbestimmung wird neu das Vorfeld einer geplanten terroristischen Handlung explizit mit Strafen abgedeckt. Dabei geht es um das Anwerben und Ausbilden von Personen sowie das Reisen für terroristische Zwecke und entsprechende Finanzierungshilfen.

Und weiter: Zusätzlich ist eine Überarbeitung der Strafnorm gegen kriminelle Organisationen vorgesehen. Dazu gehört eine massvolle Ausweitung der Strafbarkeit sowie eine Erhöhung der Strafandrohung. Weitere Anpassungen sind im Nachrichtendienstgesetz, im Rechtshilfegesetz sowie im Geldwäschereigesetz vorgesehen.

Die geplanten Bestimmungen im Rechtshilfegesetz bezwecken neben einer allgemeinen Beschleunigung auch eine Intensivierung der internationalen justiziellen Zusammenarbeit.

Der Regierungsrat anerkennt den Handlungsbedarf zur wirkungsvollen Bekämpfung neuer Entwicklungen des Terrorismus und der organisierten Kriminalität. Er begrüsst die beiden internationalen Abkommen und die vorgeschlagenen Gesetzesanpassungen.

Weitere Auskünfte

Franz Fürst, Chef Legistik und Justiz, Staatskanzlei, 032 627 27 01